Die Volksstimme erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Verantwortlicher Redakteur: Franz Bethge, Magdeburg.
Für den Inseratenteil: Karl Lankau, Magdeburg.
Verlag von B. Harbaum Magdeburg-Neustadt.
Geschäftsst.: Schmiedehofstr. 5/6
Druck von L. Arnoldt, Magdeburg
Fernsprech-Anschluß Nr. 1567, Amt I.

Volksstimme

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis:
Vierteljährl. inkl. Bringerlohn 2 Mk. 25 Pf., monatl. 80 Pf.
In der Expedition u. den Ausgabestellen 2 Mk., monatl. 70 Pf.
Bei den Postanstalten 2,50 Mk. exkl. Bestellgeld,
Einzelne Nummern 5 Pf.
Sonntags-Nummer 10 Pf.
Zeitungsliste Nr. 7242.
Insertionsgebühr 15 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Unterhaltungsbeilagen der Volksstimme: Die Neue Welt (achtseitig, illustriert) und der Romanbogen. Außerdem: Der Landbote.

No. 41. Magdeburg, Dienstag, den 18. Februar 1896. 7. Jahrgang.

Die Beratung des Militäretats

wurde Sonnabend im Reichstag fortgesetzt, wobei, nach Anschauung der Volkszeitung, der Kriegsminister zu der Ueberzeugung gekommen sein muß, daß der Sonnabend sehr unglücklich für ihn gewesen ist. Man muß gestehen, daß Herr Bronsart von Schellendorff für einen preußischen General einen leidlich guten Humor besitzt, allein der Abg. Lieber war der Ansicht, daß der Ton des Kriegsministers nicht in den Reichstag und nicht dem Abg. Bebel gegenüber paßt, und der Abg. Spahn bestätigte ihm dies ausdrücklich. Abg. Bebel eröffnete die Diskussion mit einer längeren Rede über die Soldatenmißhandlungen und erwähnte einen Fall, der seiner Zeit auch in der Presse besprochen worden ist. Es handelte sich um ein Verfahren in ein und derselben Sache, wo sich der vor dem Militärgericht geleistete Eid vor dem Civilgericht als falsch erwiesen hatte. Abgeordneter Bebel wies auf die Unsittlichkeit im Heere hin. Der Kriegsminister stellte die Behauptung auf, daß er alle Anklagen wegen Soldatenmißhandlung widerlegt habe. Dagegen wollte der Abg. Stadthagen dem Kriegsminister das Gehalt von 36 000 Mark vorenthalten. Außer den Soldatenmißhandlungen wurden auch der „Verein junger Männer“ und das Duell erwähnt. Ersterer wurde komisch behandelt, der Blutkodex dagegen fand eine allgemeine Verurteilung. Nur Abg. Graf Roon glaubte das Duell entschuldigen zu müssen. Nachdem der Abg. Lieber dem Kriegsminister die bereits erwähnte Mahnung zugerufen hatte, griff Abg. Haußmann das Thema der Soldaten-Mißhandlungen wieder auf und ging sogar weiter, als der Abg. Bebel, indem er eine eingetretene Besserung bestritt. Auch die Beurlaubung von Soldaten zur Aushilfe bei Streiks tadelte er. Der Ton, den nun der Kriegsminister anschlug, war wesentlich herabgestimmt. Und als auch Abg. v. Bennigsen die Reform der Militärstrafprozeßordnung forderte und den Duellunfug tadelte, wird der Kriegsminister die Wahrheit des Sprichwortes „Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben“ erkannt haben. Montag Mittag 1 Uhr Fortsetzung der Debatte über den Militäretat. —

* * *

41. Sitzung vom 15. Februar, 1 Uhr.

Zunächst wird ein schleuniger Antrag Auer und Genossen betreffend die Einstellung eines gegen den Abg. Stadthagen schwebenden Strafverfahrens ohne Debatte angenommen.

Dann wird die Beratung des Militäretats beim Titel „Kriegsminister“ fortgesetzt.

Abg. Bebel: Den Vergleich des Hauses mit einem Theater, bei dem man volle Häuser erzielen will, bekommt nur der Kriegsminister fertig. Ich spreche ohne Rücksicht darauf, wie viele Leute im Hause oder auf den Tribünen sind, denn ich spreche auch für die Millionen draußen. Wenn auch einmal ein von mir angeführter Fall in Kleinigkeiten von den Thatsachen abweicht, so spricht das doch nicht gegen das System, das wir geißeln wollen. Alles, was wir verlangen, ist heute schon in der bürgerlichen Gesellschaft möglich, aber das deutsche Bürgertum hat mit vereinzelten Ausnahmen einen solchen Tiefstand erreicht, daß es sich scheut, auch von ihm innerlich als solche erkannte Mißstände zur Sprache zu bringen. Den Fall in Lübeck habe ich so zur Sprache gebracht, wie er mir von den Eltern mitgeteilt ist. In einem anderen Fall hat der Minister nur bestritten, daß der Betreffende Eiterbeulen zeigte, denn der Militärarzt hätte nur bescheinigt, daß sich Striemen vorfanden. Wenn unsere Militärärzte am jüngsten Gericht alles das beglaubigen sollten, was sie im Laufe ihrer Dienstzeit bescheinigt haben, so wird es ihnen sehr schlecht gehen. (Heiterkeit.) Ich werde bei der Beratung des Pensionsfonds nachweisen, was auf Befehl der höchsten Stelle alles für Zeugnisse ausgestellt werden müssen, obwohl die Aussteller fast vom Gegenteil überzeugt sind. Aus Furcht vor Strafe lassen sich die Mannschaften oft zum Lügen verleiten, in einem Fall ist sogar vor dem Militärgericht ein Eid geleistet, und nachher stellte sich vor dem Civilgericht das Gegenteil heraus. Das beweist doch, daß der militärische Eid vor dem Civilgericht keinen Glauben fand.

Präsident v. Buol: Wenn ich recht verstanden habe, hat der Redner einen bestimmten Fall im Auge und nicht etwa gemeint, daß der militärische Eid überhaupt keinen Glauben findet.

Abg. Bebel: Ich habe nur einen Fall gemeint und glaube mich nicht so ausgedrückt zu haben, wie einige der Herren dort am Tisch gehört zu haben scheinen. Es wäre die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der übrigen Parteien, ebenfalls gegen die fortgesetzten Soldatenmißhandlungen zu demonstrieren und nicht durch ihr Schweigen die Sache moralisch zu unterstützen. Redner polemisiert sodann ausführlich gegen den Abg. Schall, der gestern im Gegensatz zu seiner früheren Rede mit so sittlichem Pathos gegen das Duell geeifert habe. Selbst Graf Caprivi habe anerkannt, daß gerade die Sozialdemokraten im allgemeinen gute Soldaten seien. Wenn der Einfluß der Geistlichen in der Armee so groß sei, wie es Herr Schall meine, dann müßte die Armee eine sittliche Musterinstitution sein. Dies ist aber durchaus nicht der Fall, wie aus einer Broschüre des Pastors Wagner hervorgeht, der gesagt hat, die Armee sei vielfach geradezu eine Schule der Unzucht. Ich habe Material genug hier, das aber so empörend ist, daß ich es mit Rücksicht auf die Damen auf den Tribünen nicht verlesen kann. Was beim Militär geschieht, wird dann bei den Kriegervereinen fortgesetzt, besonders an den sogenannten Herrenabenden. (Abg. Buch liest die Programme einiger solcher Herrenabende von Vereinen ehemaliger Kameraden des Alexanderregiments auf den Tisch des Hauses.) Kapitalismus und Militarismus sind eben zwei Zwillingsbrüder einer dem Versinken begriffenen Gesellschaft. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Wenn ich dem Abg. Bebel sechs- oder siebenmal nachweise, daß er sich geirrt hat, so behauptet er acht- oder zehnmal, er habe recht gehabt. Das macht auf mich keinen Eindruck und hoffentlich auch nicht auf die nicht sozialdemokratischen Mitglieder dieses Hauses. Der Zweck des Abg. Bebel ist, nach bekannten Rezepten gegen die Armee zu agitieren. (Sehr richtig, rechts.) So verhält es sich zum Beispiel mit seiner Behauptung, daß infolge von Mißhandlungen bei dem Regiment in Aachen zahlreiche Desertionen vorgekommen sind, genau wie bei dem Musketier in Lübeck. Die dort desertierten Leute sind in der Regel Stromer, die einen sehr scharf ausgeprägten Wandertrieb haben, und im Nichtsthun die angenehmste Beschäftigung erblicken. (Heiterkeit.) Seitdem wir dort keine unsicheren Kantonisten mehr einstellen, kommen auch keine Desertionen mehr vor. Die militärärztlichen Zeugnisse halte ich für glaubwürdiger, als alle Reden, die der Abg. Bebel hier gehalten hat und noch halten wird, und seine sämtlichen Kollegen dazu. Das Haus wird es gern sehen, wenn ich darauf verzichte, die 16 oder 17 Nummern, die der Abgeordnete Bebel vorgebracht hat, zu widerlegen, denn sonst könnten wir uns bis übermorgen bloß mit der Rede des Abg. Bebel beschäftigen. Es wollen aber noch mehr Kollegen von ihm reden. (Heiterkeit und Beifall rechts.)

Abg. Stadthagen (Soz): Es handelt sich für uns hier vor allem um die Frage, ob der Kriegsminister wirklich seine Stellung mit solchem Ernst ausfüllt, daß er 36 000 Mark wert ist. Ich glaube nicht, daß wir so viel Geld ausgeben müssen für seine Eigenschaft als Schauspieldirektor, weder für die Rolle des Fähnrich Pistol noch des Zigeunerbarons. Für derartige Figuren ist das Geld der Steuerzahler doch nicht da. Die Sache des Hauptmanns v. Strombeck, der seine Soldaten mit dem Säbel mißhandelt hat, schwebt jetzt vor dem Civilgericht, ich habe mir die Akten verschafft. Das was der Abg. Bebel gesagt hat, war von Anfang bis zu Ende wahr. Redner führt eine weitere Reihe von angeblichen Soldatenmißhandlungen an und verliest eine Anzahl Briefe, die ein „zu Tode geprügelter“ Ulan aus Saarburg an seine Angehörigen geschrieben hat. Das militärische Todesattest lautete, daß der Tod durch Knochenfraß veranlaßt worden sei. Infolge der Mitarbeiterschaft junger Offiziere am Vorwärts sind mir noch weitere Fälle bekannt. Redner führt Beschwerde über einen Fall, wo ein Militärinvalide der Armenpflege anheimgefallen sei. Wenn der Herr von Bronsart aber keinen andern Ton anzuschlagen versteht, als er es gestern und heute gethan hat, dann bitte ich Sie, wenigstens diesem Minister das Gehalt zu streichen. (Heiterkeit.)

Generalleutenant v. Spitz bemerkt, daß in dem vom Vorredner zuletzt erwähnten Fall nach den gesetzlichen Vorschriften verfahren sei. Es habe sich nach genauer Untersuchung herausgestellt, daß der Mann nicht dienstlich Schaden erlitten habe.

Abg. Graf Roon (kons.): Die Sozialdemokraten lehnen das Budget ja doch im ganzen ab. Ich halte es deshalb für ungehörig, daß sie so lange Reden hier halten.

Vizepräsident Schmidt: Ich bitte den Redner, nicht darüber zu urteilen, was gehörig oder ungehörig ist. Das unterliegt allein meiner Beurteilung.

Abg. Graf Roon: Ich muß um Entschuldigung bitten, wenn ich das Wort noch einmal gebraucht habe, was vorher gegen einen abwesenden Obersten der Armee gerichtet wurde.

Vizepräsident Schmidt: Es ist ein Unterschied, ob ein derartiges Wort gebraucht wird gegen einen Abwesenden oder gegen ein Mitglied des Hauses. Ich muß das, was ich gesagt habe, durchaus aufrecht erhalten.

Abg. Graf Roon: Ich füge mich dem natürlich, schön finde ich es aber nicht, wenn ein abwesender Oberst beleidigt wird. Die hier gehaltenen Mißhandlungsreden sind eher als Mißhandlungen des Hauses aufzufassen. Ich freue mich, daß der Kriegsminister Herrn Bebel mit so gutem Humor abgefertigt hat. Ich bestreite, daß im christlichen Verein junger Männer Politik getrieben wird. (Redner verliest unter großer Heiterkeit des Hauses das Wochenprogramm des Vereins.) Das Duell halten wir für ein notwendiges Uebel, das sich leider nicht immer vermeiden läßt. Gott wird darüber richten, ob es im einzelnen Falle gerechtfertigt ist, auch gegen das Gesetz zu handeln, der einzelne Mensch hat kein Recht dazu. (Lachen links.) Das Duell wird so lange bestehen, bis nicht alle Menschen Engel sind, oder bis man Ehrenbeleidigungen auch mit Ehrenstrafen belegt. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Lieber (Centrum): Wir hätten es lieber gesehen, wenn der Minister die von dem Abg. Bebel vorgebrachten Fälle im einzelnen amtlich behandelt hätte. Die Sache ist außerordentlich ernst, ich habe freilich oft hart mit dem Abg Bebel gestritten, aber ich habe ihn niemals innerhalb und außerhalb des Hauses anders als völlig ernst genommen. Im Interesse unseres Heeres müssen wir verlangen, daß, wenn die Beschwerden nicht begründet sind, dies hier vor dem Lande nachgewiesen wird. Die sozialdemokratische Partei ist nicht die einzige, die sich rühmen kann, hier Beschwerden vorzubringen. Wir verurteilen das Duell absolut. Wir beklagen und verurteilen auch jede einzige Soldatenmißhandlung, jedoch können wir nach den hier gemachten Erfahrungen nicht jeden einzelnen hier vorgebrachten Fall für absolut wahr halten, noch weniger aber aus diesen einzelnen Fällen allgemeine Schlüsse ziehen. Der Kriegsminister hat sich über den Fall Schulze-Klosterfelde mehr geistreich als befriedigend geäußert. Der Offizier aber hat seine Waffe von seinem König zum Schutze des Vaterlandes erhalten, aber nicht zur Selbsthilfe, am wenigsten aber gegen wehrlose Bürger. Wir sind es ja gewohnt, daß jedesmal, wo im Parlament ein Angriff erfolgt, der Minister seine Untergebenen in Schutz nimmt. Aber wo offenbares Unrecht vorliegt, sollte doch rücksichtslos gehandelt werden. Eine Unsitte ist es in der That, daß heute so oft der militärische Beruf dem bürgerlichen vorangesetzt wird. Die haarsträubenden Vorfälle, die über die Unsittlichkeit in der Armee hier angeführt sind, verdienen die schärfste Verurteilung. Alle diese Dinge können von der Heeresverwaltung nicht ernst genug genommen werden, denn die Ehre der Armee steht auf dem Spiele. Gerade in dieser Zeit, wo englische Blätter die Tapferkeit der deutschen Armee im französischen Kriege angezweifelt haben, müssen wir bestrebt sein, den Ehrenschild der Armee rein zu halten. (Beifall im Centrum.)

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Zu meiner Freude wird die Auffassung des Vorredners von der Art und Weise, wie ich die sozialdemokratischen Ansprüche abgewehrt habe, nicht von allen Parteigenossen des Vorredners geteilt. (Widerspruch im Centrum.) Ich halte es selbstverständlich für meine Pflicht, bestimmte Vorgänge, die zu meiner Kenntnis kommen, zu prüfen und dem Reichstage Auskunft zu geben. Das habe ich gestern gethan und ich werde auch in Zukunft stets so verfahren. Ich kann es aber nur da, wo mir das Material zu Gebote steht.

Abg. Haußmann (Südd. Volksp.): Es wäre besser, wenn die Heeresverwaltung zugeben würde, daß da und dort dunkle Flecken vorkommen, anstatt diese zu entschuldigen oder bis zu einem gewissen Grade zu beschönigen. Der von dem Abg. Bebel in Bezug auf das Duell gegen die andern Parteien erhobene Vorwurf ist unbegründet. Wir haben unsern Standpunkt zu wiederholten Malen darüber ausgesprochen. In der Frage der Lohnkämpfe fordern wir die absolutesten Nichteinmischung des Staates, und gerade von diesem Gesichtspunkt aus muß ich es bedauern, daß dieses Prinzip hier verletzt ist. Mit seinem Ausspruch, daß auf dem Gebiete der Soldatenmißhandlungen Besserungen eingetreten sind, ist der Abgeordnete Bebel zu sanguinisch gewesen. (Hört, hört! links.) Ich habe mich davon wenigstens nicht überzeugen können. Das Uebel sitzt tiefer, nämlich in dem mangelnden Rechtsschutze. Seitdem ich das letzte Mal hier im Hause über Soldatenmißhandlungen gesprochen habe, sind mir selbst eine ganze Reihe von Fällen vorgekommen, von deren Richtigkeit ich mich zum großen Teile aktenmäßig überzeugen konnte. Ich könnte das Urteil höchster Militärmedizinalpersonen als Beweis anführen. Es giebt Kompanien, welche komplottweise dazu veranlaßt werden, ihren Oberen nicht die volle Wahrheit zu sagen. Gegenwärtig gehört eine wahre Selbstverleugnung dazu, den Beschwerdeweg zu betreten. Ich wünschte auch, daß die Stellung der Militärärzte geändert würde, heute können sie ihre Aufsichtsstellung lange nicht scharf genug ausfüllen. Die Militärärzte sehen heute überall Simulationen, sie sind oft so abgestumpft, daß sie die Krankheit nicht erkennen können. Ich möchte den Kriegsminister bitten, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Mißstände auf allen Gebieten des Militärwesens aus der Welt geschafft werden. (Beifall links.)

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Ueber die Reform der Militär-Strafprozeßordnung habe ich bereits bei der Etatsberatung Auskunft erteilt, ich kann meinen Ausführungen nichts hinzufügen, aber auch nichts fortnehmen und bin nicht in der Lage, dem Abg. Haußmann weitere Mitteilung zu machen. Gerade die deutschen Militärärzte haben nicht bloß aus Deutschland, sondern auch aus dem Auslande so zahlreiche Beweise der Anerkennung ihrer hervorragenden Tüchtigkeit und wissenschaftlichen Befähigung erhalten, daß dieser Vorwurf vollständig hinfällig ist.

Abg. Spahn (Centr.): Der Kriegsminister irrt sich, wenn er glaubt, daß die Ansicht des Dr. Lieber von den übrigen Mitgliedern der Fraktion nicht völlig geteilt wird. Das Gegenteil ist der Fall. Abg. Dr. Lieber hat noch eine viel zu wohlwollende Auffassung kundgegeben.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Wenn der Abgeordnete Spahn sagt, daß meine Auffassung eine falsche ist, so nehme ich gar keinen Anstand einzugestehen, daß ich mich geirrt habe. Es ist durchaus nicht meine Absicht, auf meiner einseitigen, falschen Ansicht zu beharren. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Schönlank (Soz.): Daß in dem christlichen Verein junger Männer doch Politik getrieben wird, beweist der Vortrag, den der frühere Jesuit Graf Hoensbroech vor einigen Tagen dort über die Macht des Katholizismus und die Gefahren des Papstums gehalten hat. (Präsident von Buol ruft den Redner zur Sache.) Wenn der Graf Roon in so ausführlicher Weise für diesen Verein Reklame gemacht hat, dann darf ich doch wohl thatsächliche Unrichtigkeiten widerlegen. (Zuruf rechts: Werden Sie doch Mitglied des Vereins Heiterkeit.)

Abg. Dr. v. Bennigsen (nat.-lib.): Im Namen meiner Freunde gebe ich der Hoffnung Ausdruck, daß die beabsichtigte Reform der Militärstrafprozeßordnung bald zur Ausführung kommt, denn ich bin überzeugt, daß diese Reform dazu beitragen wird, manche der Beschwerden, die alljährlich erhoben werden, aus der Welt zu schaffen. Daß heute noch Duelle vorkommen, ist zweifellos ein offenbarer Schaden in unseren öffentlichen Rechtszuständen, denn es ist doch ein peinlicher Zustand, wenn wir Vorschriften haben, die von der Staatsautorität nicht zur Durchführung gebracht werden können, weil die Sitte und die Auffassung von Ehre und der Wiederherstellung der Ehre in vielen Kreisen sich mit diesen gesetzlichen Vorschriften zur Zeit im vollständigen Widerspruch befinden. Was würden die Sozialdemokraten sagen, wenn man daraus, daß alljährlich Unterschleife und Betrügereien bei Ihnen vorkommen (Abg. Bebel: In der Bourgeoisie auch!) den Schluß zieht, daß die ganze Partei korrumpiert ist. Wir werden uns niemals den Stolz über unser herrliches Heer nehmen lassen. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Graf Bernstorff-Lauenburg (Rpt) erklärt als Vorstandsmitglied des Christlichen Vereins junger Männer, daß dort niemals Politik getrieben wird. Das Duell halte auch er für ein Uebel, nicht für ein notwendiges, sondern für ein sehr überflüssiges. Der Minister würde sich ein Monumentum aere perennius setzen, wenn er in der Armee Ehrengerichte einsetzte, die Duelle möglichst verhindern.

Abg Werner (Antis.) führt aus, daß die gegen das Heer erhobenen Anklagen in nichts zusammenfielen.

Abg. Haußmann: Ich habe gegen die Militärärzte im allgemeinen keinen Vorwurf erhoben, sondern die einzelnen Fälle ausdrücklich als Ausnahmen bezeichnet.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff giebt zu, daß es ab und zu unbrauchbare Militärärzte giebt und bittet den Vorredner, einzelne Fälle ihm privatim mitzuteilen.

Abg Schall (kons.) erklärt, daß er das Duell niemals für entschuldbar, sondern nur für begreiflich gehalten habe und die Ansichten seines Fraktionsgenossen Roon nicht teile.

Abg. Schulze (Soz) beschwert sich darüber, daß beim Töpferstreik in Königsberg Soldaten als Streikbrecher verwendet wurden.

Abg. Bebel: Den Zweck meiner Rede, die bürgerlichen Parteien zu einer Aeußerung zu veranlassen, habe ich erreicht, es ist mir sogar gelungen, den sonst so schweigsamen Herrn v. Bennigsen aus seiner Höhle herauszulocken. Die Armee als solche habe ich nicht bekämpft. Wir können die Armee nicht entbehren (Rufe des Erstaunens rechts), so lange die Abschaffung der stehenden Heere nicht international geschieht, wohl aber können wir sie reformieren. Aber in erster Linie soll ja das Heer jetzt gegen den „inneren Feind“ gebraucht werden, es wäre also Selbstmord, wenn die bürgerlichen Parteien das Heer abschaffen wollten. Auf die Verwendung der Armee gegen den inneren Feind wird ja jetzt von einer gewissen Seite bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit hingewiesen. Die Mißhandlungen in der Armee haben sich noch nicht beseitigen lassen, das beweisen die verschiedenen Erlasse. Angesichts solcher Thatsachen soll man doch keine Schönfärbereien treiben, wie die Vertreter der bürgerlichen Parteien es gethan haben. Redner polemisiert sodann ausführlich gegen den Abg. v. Bennigsen und wirft ihm vor, daß er nur zum Fenster herausgeredet habe, für die Leute, die außerhalb des Hauses wären.

Damit schließt die Diskussion.

Es folgen persönliche Bemerkungen der Abgg. Dr. Lieber, Graf Roon, Dr. v. Bennigsen und Frhr. v. Stumm.

Der Titel „Kriegsminister“ wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt, worauf sich das Haus vertagt.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. (Fortsetzung der Beratung des Militäretats.) Schluß 6¼ Uhr. —

Politische und volkswirtschaftl. Uebersicht.

Ein Verfahren wegen **Kaiserbeleidigung,** angeblich begangen durch einen Gerichtsbericht der Breslauer Volkswacht, mußte von der Staatsanwaltschaft eingestellt werden.

— Wegen **Kaiserbeleidigung** wird sich am 17. Februar der frühere Verleger und Redakteur des Sozialist, Tischler Johann Sundat, zu verantworten haben. — Gegen den Versammlungsredner, Buchbinder Paul Jahn in Berlin, ist das Verfahren wegen **Kaiserbeleidigung** eingeleitet worden. —

In dem Beleidigungsprozeß des Redakteurs der Volksstimme in Burgstädt, der wegen angeblicher **Beleidigung des Königs von Sachsen** und der Militärbehörde in Liegnitz zu der furchtbaren Strafe von 1 Jahre Gefängnis verurteilt war, ist die Revision verworfen. —

Die **Frechheit der Wahlrechtsvernichter** wird immer unverschämter. In der Leipziger Zeitung ist zu lesen:

Die Debatte über die sächsische Wahlvorlage ist gestern (Mittwoch) noch nicht zu Ende geführt worden. Nach eingehender Darlegung der Sachlage durch den Herrn Minister nahmen den Rest zum größeren Teil die Sozialdemokraten in Anspruch, durch die That beweisend, daß sie nur zu wollen brauchen, um mit ihren Dauerreden den ganzen Landtagsbetrieb ins Stocken zu bringen.

Die sozialdemokratischen Volksvertreter sollen wohl die Wahlrechtsberaubung am Volke ohne zu muckſen vor sich gehen lassen. Wie die hochmütige Reaktionssippschaft das Volk und seinen Willen bewertet, zeigt sonnenklar die Thatsache, daß ihr eine zweitägige Diskussion über das schimpfliche Attentat auf das wichtigste sächsische Volksrecht schon zu viel ist. —

Ein Bild, welches die **sächsische Volksvertretung** an den beiden bedeutsamen Tagen der Wahlrechtsdebatten vorstellte, bringt die Sächsische Arbeiterzeitung: Dort die Männer des fanatischen Hasses gegen alle Volksberechtigungen, ohne Einsicht in den Entwicklungsgang der Geschichte, verlassen von Geist, geschwollen von Schlagworten und Phrasen — dann die kleine Gruppe ruhigerer Politiker, ehrlicherer Menschen, der Warner und Mahner — hier die Sozialdemokratie, nicht groß an Zahl, aber zehnfach stark durch das Vertrauen des Volkes, für dessen Recht und dessen Zukunft sie kämpft. Und die Vertreter unserer Partei im Landtage, Männer aus der „unreifen, ungebildeten" Volksmasse, haben gegenüber den „Gebildeten", den Juristen, Hofräten, Kommerzienräten, gegenüber den höchsten Staatsbeamten sich trefflich bewährt. Ihre Reden beherrschten die Situation, sie waren gleichbedeutend an scharfer Kritik, wie sachlichem Ernst, sie waren getragen von jener sittlichen Ueberzeugungskraft, die dem Menschen erwächst, wenn er sich des Rechten bewußt ist. —

Gegen die Wahlentrechtungs-Vorlage sind beim sächsischen Landtage bis jetzt allein aus Leipzig und Umgegend 39 833 Petitionsunterschriften eingegangen. —

Die **lahme Haltung der Freisinnigen** gelegentlich der Diskussion über die nationalliberale Interpellation, betreffend die Lage der Konfektionsarbeiter, sucht jetzt die Freisinnige Zeitung zu rechtfertigen durch folgenden Satz:

„Gerade angesichts des in Frage stehenden Streiks war es für die Freisinnige Volkspartei nicht angezeigt, sich mit einigen allgemeinen Redensarten in die Diskussion zu mischen, sondern in dieser plötzlich in den Reichstag geschobenen Frage erst Stellung zu nehmen auf gründlicher Erörterung des Sachverhältnisses."

In der Redaktion der Freisinnigen Zeitung muß man wohl besser als außerhalb derselben wissen, ob die Mitglieder der freisinnigen Fraktion, unvorbereitet, wie sie waren, nichts anderes hätten vorbringen können, als „einige allgemeine Redensarten". Offen gestanden, sagt die Volkszeitung, mindestens von einigen freisinnigen Abgeordneten hatten wir bis dato eine höhere Meinung. Indessen da Vorsicht der bessere Teil der parlamentarischen Taktik zu sein scheint, so ist es allerdings zweckmäßiger, daß sie durch die Heylsche Interpellation „überrumpelte" Fraktion die Streikfrage erst angelegentlichst studiert. Sollte man zur Vorbereitung dieses Studiums eine besondere Fraktions-Sub-Kommission niedersetzen, so beschleunigt sie ihre Arbeiten hoffentlich dergestalt, daß sich die Fraktion noch vor Ablauf des gegenwärtigen Jahrhunderts über den gegenwärtigen Streik in der Konfektionsbranche klar werde, damit sie sich geeigneten Falls wohlpräpariert „in die Diskussion mischen kann", ehe das Jahr 1900 „plötzlich dazwischen geschoben" wird.

Munckel contra Lenzmann. In der Justizkommission des Reichstags wurde am Donnerstag über die Frage verhandelt: Dreimännerkollegium oder nicht? Dabei versuchten in anerkennenswerter Weise die Centrums-Abgeordneten Schmidt (Warburg), Brökmann und Schwarze den Angriff gegen die Garantie der Fünfe abzuwehren. Die freisinnigen Kommissionsmitglieder und unsere Genossen unterstützten ihr Vorgehen. Die Freisinnigen? Ach nein! Abg. Lenzmann erklärte im Gegenteil, da die Regierung nicht wolle, gebe er gern nach. Er sei nachgiebig bis zum Exzeß. Erkläre die Regierung, sie wolle nicht einmal den Kommissionsvorschlag vorigen Jahres annehmen, dann würde er auch da nachgeben. Diese Selbstentrechtung seitens eines freisinnig gescholtenen Volksvertreters veranlaßte den Abg. Munckel, seinem Fraktionsgenossen gehörig den Kopf zu waschen. Er wies in einer selbst für Herrn Lenzmann klaren Weise darauf hin, daß solch ein Kompromißgelüst kompromittierend ist und dahin führen muß, an Stelle der Beratung in der Kommission die Willkür der Regierung zu setzen. Zu dieser Haltung des Abg. Lenzmann bemerkt die Berliner Volkszeitung: Es ist leider nicht das erste Mal, daß Herr Lenzmann durch sein Verhalten in einer Kommission berechtigtes Aufsehen erregt. Schon als Mitglied der „Umsturz-Kommission" hat Herr Lenzmann seinen Parteigenossen Rätsel aufgegeben, und im Plenum nicht minder. Wenn die freisinnige Volkspartei in einer so wichtigen Kommission, wie die Justiz-Kommission, durch zwei Kräfte vertreten ist, von denen die eine nach hinten, die andere nach vorn zieht, so macht das einen nichts weniger als erhebenden Eindruck. Oder hat auch hier die „Plötzlichkeit" des Auftauchens der Dreimännergerichte die Verwirrung verschuldet? —

Einen kläglichen Erfolg hat die **christlich-soziale Agitation** in Schleswig-Holstein erfahren. Trotz der reichen Mittel und der hochstehenden Leiter haben die gegründeten Vereine selbst in den Städten, wo die Arbeiter infolge ihrer Beschäftigung äußerst abhängig sind, nur über eine kleine Mitgliederzahl zu verfügen, die in der letzten abgehaltenen Versammlung in Neumünster wie folgt angegeben wurden: Altona 98, Flensburg 755, Kiel 24, Neumünster 168, Nordstrand 88. Dabei figurieren als Mitglieder eine große Anzahl solcher Personen, die dem Arbeiterstand nie angehört haben. Ihre Liebesmühe, den wahren Sozialismus zu bekämpfen, war daher bislang umsonst. —

Der **Landwirtschaftsminister,** Freiherr v. Hammerstein-Loxten, hat bei dem Festmahl des Provinziallandtages in Hannover in Erwiderung auf eine Begrüßungsrede des Oberpräsidenten v. Bennigsen folgende Ansprache gehalten:

Er habe sich der Erwartung hingegeben, daß er in Hannover bei seiner diesmaligen Teilnahme an den Verhandlungen des Provinziallandtages eben so behandelt werden würde wie vor seiner Ernennung zum Landwirtschaftsminister, wo er kaum beachtet worden sei. (Heiterkeit) Aus diesem „Dusel" sei er aber bei seinem Empfange in der Sitzung des Provinziallandtages herausgerissen worden. Behaglich habe er sich hier in Hannover außerordentlich gefühlt; wie er sich in Berlin fühle, darüber wolle er schweigen. Das könne er aber bestimmt sagen, wenn sein Rücktritt erfolgen sollte, so würde er, auch wenn es zu Fuß sein müsste, seine Wanderung nach dem Westen antreten, nicht weil er sehnsüchtig geworden oder an der Aufgabe, die ihm übertragen, verzweifelt sei, sondern weil ihn sein ganzes Herz und seine ganze Ueberzeugung mit seiner Heimatsprovinz verbinde. Möge er auch noch so ernst gewollt sein, seine Pflicht auch in Berlin zu thun, sein Herz bleibe doch immer hier, und er könne sagen, daß er sich eigentlich wieder wohl gefühlt habe, als er zuerst wieder ein wenig hannoverische Luft geatmet.

Das klingt beinahe so, als ob auch dieser Landwirtschaftsminister bereits kampf- und amtsmüde geworden sei. —

Auch aus Kleve haben Bürgermeister und Stadtverordnete einen scharfen **Protest gegen den Margarine-Gesetzentwurf** und die Kommissionsvorschläge dazu an den Reichstag gesandt. Die alte Stadt Kleve sei bis vor einigen Jahren gegenüber vielen anderen Gemeinwesen der Westprovinzen in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung sehr zurückgeblieben. Da sei durch das Aufkommen der Margarinefabrikation in den letzten Jahren ein erfreulicher Umschwung eingetreten. „Die Gewerbethätigkeit der ganzen Stadt, die Lebenshaltung deren Bewohner, namentlich auch der Arbeiter, ist durch das Aufblühen dieser Industrien gehoben. Das Gleiche kann unbedenklich von der Landwirtschaft unseres Kreises gesagt werden. Durch die Beschlüsse der Kommission würden diese Industrien in ihren Lebensbedingungen bedroht." —

Weibliche Fabrikinspektoren. Die zweite hessische Kammer lehnte gegen 15 Stimmen die Einführung weiblicher Fabrikinspektoren ab, beschloß dagegen einstimmig, die Regierung zu ersuchen, den Fabrikinspektoren weibliche Assistenten beizugeben. —

Stellungnahme der Gewerbegerichte zum Bürgerlichen Gesetzbuch. Der Verband deutscher Gewerbegerichte hat an sämtliche Gewerbegerichte Deutschlands ein Rundschreiben gerichtet, in welchem die Vorsitzenden ersucht werden, sich über die Bestimmungen des Entwurfs betreffend Dienstvertrag und Werkvertrag zu äußern. Insbesondere werden folgende Fragen zur Erörterung vorgeschlagen:

1. Soll der gewerbliche Arbeitsvertrag im Bürgerlichen Gesetzbuch geregelt werden? Wie verhalten sich Titel 6 und 7 des II. Buches zu den Bestimmungen der Gewerbeordnung?
2. Lassen sich bereits zur Zeit bestimmte Vorschriften zur Regelung der Accordarbeit empfehlen?
3. Sollen besondere Bestimmungen über die Rechtsverhältnisse beim Vorhandensein von Zwischenunternehmern gegeben werden? (vielleicht mit Spezialisierung der Verhältnisse der Zwischenunternehmer in der Schneiderei, im Baugewerbe).
4. Genügen die Bestimmungen des Werkvertrages für die Verhältnisse der Hausindustrie?

Als Grundlage für die Erörterung ist vom Redaktionsausschuß des Verbandes dem Gewerbegerichtsteil der Sozialen Praxis als außerordentliche Beilage ein wörtlicher Abdruck der diesbezüglichen Bestimmungen des Entwurfs und der Begründung beigegeben, in welche ein Aufsatz vom Magistratsassessor Cuno-Berlin einleitet. —

* * *

Italien.

Die Lega dei ferrovieri, das Blatt der organisierten Eisenbahner, wurde vor acht Tagen beschlagnahmt, weil es zum Klassenhaß dadurch aufgereizt haben soll, daß es die Namen von 42 Personen (Senatoren und Abgeordnete, die Gesetze machen, Damen, die von politischen Intriguen leben, hohe Justizbeamte, die die Gesetze anwenden) veröffentlichte, denen die Eisenbahnverwaltung permanente Freibillets 1. Klasse gewährt. Das sozialdemokratische Centralorgan druckte die Namen ab und wurde deshalb nicht belästigt. Frau Lina Crispi, Frau Cairoli, Zanardelli, Grimald Sanfelice ragen glänzend hervor; die deutschen Aktionäre brauchen sich nicht zu beunruhigen, denn ohne Profit wird kein Billet gratis gegeben. — Sämtliche republikanische und sozialistische Abgeordnete treten am Sonntag in Mailand zusammen, um eine antiafrikanische Versammlung abzuhalten, oder falls diese verboten wird, eine große öffentliche Kundgebung ins Werk zu setzen. Auch zahlreiche Abgeordnete der Rechten versammeln sich morgen in dem Hause des Abgeordneten Colombo hier, um ein gemeinschaftliches Vorgehen betreffs der Afrikapolitik der Regierung zu vereinbaren. —

Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Inland.

* Der **Gewerkschaftskongreß** findet am 4. Mai cr. in Berlin statt. Die Anträge zu demselben müssen bis zum 1. März bei der Generalkommission eingereicht werden. Die bis dahin eingegangenen Anträge werden sodann veröffentlicht. Die Generalkommission beabsichtigt, dem

Feuilleton.

Zu Begründung des Verbots von Gerhart Hauptmanns Schauspiel Die Weber

durch die Kreishauptmannschaft Leipzig.

Das Polizeiamt zu Leipzig hatte seinerzeit dem Münchener Theaterdirektor Metzthaler die hier beabsichtigte Aufführung von Hauptmanns Weber verboten. Die hiergegen von Metzthaler bei der Kreishauptmannschaft erhobene Beschwerde wurde, wie bereits früher von uns mitgeteilt, verworfen.

Das Leipziger Tageblatt ist jetzt in der Lage, die Begründung der kreishauptmannschaftlichen Entscheidung zu veröffentlichen. Sie hat folgenden Wortlaut:

Das Schauspiel schildert in 5 Akten den geschäftlichen Verkehr zwischen den Fabrikanten und Webern des Eulengebirges, sowie insbesondere die Art der Lohnzahlung, die infolge des geringen Verdienstes entstandene Notlage der Weber, den aus dieser Notlage erwachsenden und von einzelnen Agitatoren noch geschürten Groll der Weber gegen die in Wohlstand und Luxus lebenden Arbeitgeber und die bereits mit mechanischen Webstühlen arbeitenden Fabrikanten, die Bethätigung dieses Grolls durch Angriffe auf die Fabrikanten und Zerstörung ihres Eigentums und das hierdurch veranlaßte Einschreiten des Militärs, und endigt, ohne den schließlichen Ausgang des Kampfes zwischen dem Militär und den Webern selbst darzustellen, mit der Erschießung eines alten Webers, der gerade an dem Aufstande sich nicht beteiligt hatte, sondern mit Entschiedenheit den Verlockungen zur Teilnahme entgegengetreten war. Der Rekurrent behauptet nun, daß das Schauspiel hierbei „nicht an die schlechten Instinkte der Armen, sondern an die guten Instinkte der Reichen" appelliere, im übrigen aber „nicht aktuelle Verhältnisse, sondern . . . unter genauer Festhaltung des Lokal- und Zeitkolorits die speziellen Weberverhältnisse im schlesischen Eulengebirge im Jahre 1844" schildere; in letzterer Beziehung macht er geltend, daß die Weberbewegung von 1844 auf „ganz besonderen Ursachen" beruhe, die nur in jener Gegend und zu jener Zeit zutage getreten" seien, und daß „die Gründe des Weberaufstandes auch mit Sozialismus oder Sozialdemokratie nicht das geringste zu schaffen" gehabt hätten.

Ob dem Schauspiele die vom Rekurrenten bezeichnete Tendenz, mit der allerdings der Inhalt des Stückes nicht allenthalben im Einklange stehen würde, wirklich zu Grunde liegt, kann füglich dahingestellt bleiben. Denn die Unbedenklichkeit einer Theateraufführung ist weniger nach den Absichten, die der Verfasser des aufzuführenden Stückes mit letzterem verfolgt, als vielmehr nach der voraussichtlichen Wirkung der Aufführung zu beurteilen. Bei der Beurteilung der Wirkung aber, welche die Aufführung jenes Schauspieles in Leipzig voraussichtlich haben würde, kommen nicht nur die „Reichen", d. h. die Besitzenden, an deren „gute Instinkte", nach der Auffassung des Rekurrenten, das Schauspiel appelliert, sondern in noch höherem Maße diejenigen Kreise in Betracht, welche die Herstellung einer auf dem Gemeinbesitze aller beruhenden Rechts- und Wirtschaftsordnung anstreben und den von ihren Führern und in ihrer Presse beharrlich als „Ausbeuter" bezeichneten Besitzenden mehr oder weniger feindlich gegenüberstehen: erscheint die Aufführung jenes Schauspiels in der von zahlreichen Anhängern der Sozialdemokratie bewohnten Stadt Leipzig geeignet, in diesen Kreisen Haß und Verachtung gegen die Besitzenden und die das Privateigentum schützende Rechtsordnung zu erregen oder die Führer der Sozialdemokratie, die gerade die Erregung solchen Hasses und solcher Verachtung als Mittel zur Bekämpfung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung benutzen, in der Anwendung dieses unsittlichen Kampfmittels zu unterstützen, dann ist auch das angefochtene Verbot des Polizeiamtes gerechtfertigt.

Diese Voraussetzung hat die königliche Kreishauptmannschaft für gegeben erachtet. Daß das Schauspiel, wie der Rekurrent unter Bezugnahme auf zwei anderwärts über die Unbedenklichkeit der Aufführung desselben ergangene Urteile ausführt, bei vor einem halben Jahrhundert festgestellten Verhältnisse der Weber im Eulengebirge in wahrheitsgetreuer Weise schildert, mag hierbei nicht bezweifelt werden. Des weiteren ist auch dem Rekurrenten darin beizupflichten, daß diese Verhältnisse von den gegenwärtigen wesentlich verschieden sind, und demzufolge kein gerechter Anlaß vorliegt, die Schilderung dieser Verhältnisse in den heutigen politischen und wirtschaftlichen Kämpfen zu verwerten. Nach der Auffassung aber, die in den oben bezeichneten Kreisen herrscht und von den Führern der sozialdemokratischen Bewegung geflissentlich genährt wird, und die allein für die Beurteilung der Wirkung jener Aufführung auf diese Kreise maßgebend sein kann, ist das Gegenteil der Fall, ist der Zustand, der in Schlesien den Weberaufstand von 1844 verursacht hat, gegenwärtig nicht nur nicht beseitigt, sondern sogar über größere Gebiete verbreitet und demzufolge das fragliche Schauspiel von hervorragend „aktueller" Bedeutung. Zum Beweise dessen genügt es, darauf hinzuweisen, daß bei Eröffnung des „Kongresses der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Breslau" am 6. Oktober v. J. von dem Abgeordneten Liebknecht die Provinz Schlesien unter ausdrücklichen Hinweis auf den Weberaufstand und jenes Schauspiel als diejenige Provinz bezeichnet worden ist, welche den ersten Klassenkampf erlebt hat, in welcher der Gegensatz der Klassen früher als in irgend einem anderen Teile Deutschlands zu tage getreten ist (vergleiche Beilage zu 233 der Leipziger Volkszeitung vom 7. Oktober 1895) und daß noch in der Sitzung des Reichstags vom 15. v. Mts. der Abgeordnete Molkenbuhr ganz im allgemeinen die Zustände der Hausindustrie, in der die Leute sich „totarbeiten oder verhungern" müßten, als solche bezeichnet hat, „wie sie z. B. in Hauptmanns schlesischen Webern geschildert werden" (vergleiche 1 Beilage zu Nr. 12 desselben Blattes vom 16. Januar 1896).

Die königliche Kreishauptmannschaft hat daher in kollegialer Zusammensetzung beschlossen, das vorliegende Rechtsmittel als unbegründet zu verwerfen.

Dem Polizeiamte bleibt überlassen, dementsprechend den Rekurrenten zu bescheiden. —

kongreß einen Antrag auf Schaffung eines Streikunterstützungsfonds zu unterbreiten. Die Beratungen über diesen Antrag sind in der Generalkommission abgeschlossen. — Der geplante Streik der **Tischler** in Berlin wird aller Wahrscheinlichkeit nach größere Dimensionen nicht annehmen. Die Tischler-Innung berief eine große öffentliche Tischlermeister-Versammlung ein, die im Böhmischen Brauhaus stattfand und äußerst stark besucht war. Ueber 2000 Tischlermeister waren anwesend. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute im Böhmischen Brauhaus tagende öffentliche Tischlermeister-Versammlung erklärt sich mit den gefaßten Beschlüssen der Innungs-Kommission einverstanden und stimmt einer 52stündigen wöchentlichen Arbeitszeit unserer Gesellen sowie einer wöchentlichen Abschlagszahlung von 21 Mark an mittelmäßige Arbeiter, sofern sie es verdienen, zu." Somit scheint der Streik beigelegt zu sein. — **Die Zwischenmeister der Herren- und Knaben-Konfektion in Berlin** hielten eine gemeinsame Versammlung am Sonnabend mit den Konfektionären ab; letztere erklärten, daß sie nicht mit der Fünfer-Kommission, sondern nur mit ihren Arbeitern, das heißt mit den Zwischenmeistern, verhandeln wollen. Die Meister verlangten einen festen Minimallohntarif, während die Vertreter der Konfektionsfirmen nur für einen 10—15prozentigen Lohnaufschlag sich verpflichten wollten. Es wurde eine Kommission von vierzehn Meistern gewählt, welche mit den Konfektionären verhandeln und in einer öffentlichen Sitzung, die am Montag stattfindet, Bericht erstatten soll. Am Sonntag fanden zwei Konferenzen der beteiligten Konfektionäre und der Zwischenmeister statt. —

Aus den Gerichtssälen.

§ **Magdeburg.** (Landgericht.) Die verehelichte Zimmermann Christian Schumann, Dorothee geb. Ballhorn, zu Neustadt, geb. 1856, hatte versucht, eine Zeugin dahin zu überreden, sie solle **vor Gericht fälschlich aussagen.** Sie wurde mit 1 Jahr Zuchthaus, sowie 3 Jahren Ehrverlust bestraft, auch sofort verhaftet. — In nicht öffentlicher Sitzung wurde die Händlerin Anna Pieper, geb. Vollmer, hier, geb. 1835, wegen schwerer **Kuppelei** mit 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust bestraft. — Der Arbeiter Wilhelm Nitzert hier, geb. 1869, ein viel vorbestrafter Mensch, wurde in der Nacht zum 18. Dezember 1895 wegen Verübung groben Unfugs in das Polizeigefängnis eingeliefert wo er die Bekanntschaft eines Kellners machte. Auf seine Einladung zechten sie nach der Entlassung zusammen und Nitzert begleitete ihn in seine Wohnung. Dort **stahl** er dem Kellner 340 Mark, die er dann verpraßte. Das Urteil lautete auf 3 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und Polizeiaufsicht. — Die verehelichte Handelsmann Goldbach, Friederike geb. Stumpe, zu Biederitz, wurde von der Anklage der wissentlich **falschen Anschuldigung** freigesprochen. — Der Friseurgehilfe Max Heckel aus Buckau, geb. 1864, **stahl** im Sommer v. J. seinem Arbeitgeber zu wiederholten Malen Waren, sowie bar etwa 10 Mark. Ferner veruntreute der Angeklagte 7,70 Mark, die er für seinen Prinzipal angenommen hatte. Der Gerichtshof erkannte zusätzlich auf 2 Monate und 2 Wochen Gefängnis. — Der Schlossergeselle Otto Heimann zu Neustadt wurde von der Anklage des **schweren Diebstahls** freigesprochen. —

§ **Magdeburg.** (Gewerbegericht.) Einen Restlohn von 48 Mark verlangte der Rohrleger J. vom Rohrleger Schwarz Beklagter hatte vom Unternehmer Jungrenn auf den Rieselfeldern Rohre zum Verlegen in Accord übernommen und sich hierzu den Kläger noch angenommen. Beklagter hat nach Fertigstellung der Arbeit einen Rest von ca. 278 Mark ausgezahlt bekommen, ohne an den Kläger etwas zu zahlen. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß nicht Schw., sondern Jungrenn der Arbeitgeber ist und erfolgte Zurückziehung der Klage. — Das Dienstmädchen H. beanspruchte vom Hotelier Keubler einen Restlohn von 1.50 Mark. In der Verhandlung stellte sich heraus, daß Beklagter zum Abzug berechtigt war und zog Klägerin die Klage zurück. — Der Kellner B. verlangte vom Gastwirt Schäfer Herausgabe der Papiere. Derselbe hatte dieselben noch garnicht verlangt und erhielt dieselben sofort. — Der Lohndiener R. beanspruchte vom Gastwirt Haberland 6 Mark Lohn. Die Parteien einigten sich auf 4 Mark, welche Beklagter zahlte. —

Tages-Chronik.

Magdeburg, 17. Februar 1896.

— **Daß aus der Politik der Sachsenschau** — in anderen Orten Volksrundschau genannt — niemand recht klug werden kann, haben wir bereits berichtet, als wir des öfteren den Inhalt des lokalen Teils demjenigen des politischen gegenüberstellten. Eine Bestätigung dafür, daß dem so ist, bringt auch die Correspondenz des Bundes der Landwirte, in der zu lesen ist: „Die Volksrundschau hat in letzter Zeit kräftig gegen den Antrag Kanitz gehetzt und schreibt als würdiges Seitenstück dazu neuerdings: „Am 18 Februar soll übrigens auch die Generalversammlung des Bundes der Landwirte stattfinden, und zwar diesmal im Cirkus Busch in Berlin. Da wird es stürmisch zugehen Dauern diese Stürme fort, dann wird bald möglicherweise ein konservativ-christlich-sozial-agrarisches Chaos entstehen." Dieses „Chaos" ist wohl schon lange bei der Volksrundschau eingetreten, aus deren „Politik" kein Mensch mehr klug werden kann. Das Blatt bringt an hervorragender Stelle den Namen seines „Geschäftsführers" — nicht, wie sonst üblich, des Redakteurs. Das ist aber bezeichnend: es soll wohl andeuten daß bei der Volksrundschau das „Geschäft" die Hauptsache ist. Als Motto empfehlen wir: „non olet". Unsere Freunde aber möchten wir vor der Volksrundschau, wie sie heute geworden ist, ganz entschieden warnen und ihnen empfehlen, der Verbreitung des Blattes entgegenzuarbeiten" — So urteilt das antisemitische Agrarierorgan über eins seiner Geschwister! [M]

— **Die Theorie und Praxis der Antisemiten.** Während der Berliner Redakteur der Sachsenschau in seinem Teile den Agrariern Unliebenswürdigkeiten an den Kopf wirft, giebt sich die Redaktion des hiesigen (lokalen) Teiles die größtmöglichste Mühe, es weder mit den Brotwucherern noch mit dem kleinen Manne zu verderben. In diesem Punkte haben die oben citierten Ausführungen des Bundes-Organs Berechtigung. Nachdem Herr Dr. Fränkel in seiner Rede über die Margarinevorlage den Junkerfreunden einen gehörigen Nasenstieber gegeben hatte, sieht sich der hiesige Schriftleiter veranlaßt, in seinem Blatte zu schreiben: „Die große Mehrheit deutsch-sozialer Reformer wird sich unter voller Anerkennung der Notlage der Landwirtschaft und der Bereitwilligkeit ihr zu helfen, darüber einig sein, daß die Kommission mehrfach über das Ziel hinausgeschossen ist, auch ist für den Kenner der städtischen Verhältnisse klar, daß eine scharfe Trennung der Verkaufsläden gerade kleinere Geschäfte beseitigen würde. Auf der anderen Seite aber ist ebenso klar, daß der Gesetzentwurf durchaus nicht den Konsum der besseren Margarinesorten einschränken will und wird, nur soll das Publikum vor Uebervorteilung geschützt werden und eine Färbung nach dem Vorschlage des Prof. Soxhlett ist nicht nur annehmbar, sondern sogar dringend notwendig." — Der antisemitische Häuptling, der diese Zeilen schrieb, hat aber vergessen, anzuführen, daß bei seiner Partei die Reue zu spät kommt, daß die antisemitischen Reichstagsabgeordneten mit den Agrariern durch dick und dünn gehen — das hat erst kürzlich der Abg Ickrant bewiesen — und daß die Antisemiten alle sozialdemokratischerseits gestellten Anträge, welche auf Beseitigung all der Mißstände hinausliefen, bekämpften. [M]

— **Der Hirsch-Dunckersche Ortsverein der Schuhmacher und Lederarbeiter** ist jetzt endlich einmal redlich bemüht, die Lage seiner Mitglieder zu heben. Er hat sich nämlich die größte Mühe gegeben, mit Unternehmern günstige — Kohlenlieferungsverträge abzuschließen. Wenn nun weitere Verträge mit Fleischern, Marktweibern 2c. abgeschlossen werden und wenn außerdem noch alle so versorgten Mitglieder dem Konsumverein beitreten, dann ist die Zeit der Lösung der sozialen Frage nahe. Es brauchen dann die Mitglieder nicht so viel Geld zu verdienen, dann können die Unternehmer die Löhne drücken und sich mit dem Hinweis auf die billigen Lebensmittelpreise rechtfertigen, was gewiß geschehen würde, da die Löhne bisher stets fielen, sobald die Lebensmittelpreise sich erniedrigten. Das ist die vielgepriesene Selbsthilfe der Hirsch-Dunckerianer, die doch auf nichts anderes hinausläuft, als auf eine Herabsetzung der Lebenshaltung der Arbeiter — im Namen der Harmonie und zu Gunsten der Unternehmer. —

— **Unser nächstes Feuilleton** behandelt das Bühnen-Elend. Es ist eine Erzählung des unseren Lesern wohlbekannten Genossen Julius Türk, betitelt „Schauspieler-Elend Ein Stück aus dem Bühnen-Elend". Mit nächster Nummer beginnt die Veröffentlichung. —

— **Scharfrichter Reindel** enthauptete am Sonnabend in Altona den Restaurateur Karl Louis Breitrück, der am 22. Februar 1895 vom Altonaer Schwurgericht zum Tode verurteilt wurde, weil er am 9 November 1894 den siebenjährigen Knaben Alwin Raczka ermordet und die Leiche in einen Sack gehüllt auf dem Boden über dem Tanzsaal seines Lokals verborgen hatte. —

— **Eisenbahner-Risiko.** Heute vormittag 11½ Uhr verunglückte bei Ausübung seines Dienstes auf dem Rangier-Bahnhofe Alte Neustadt der Weichensteller Müller. Dem Unglücklichen wurden beide Beine abgefahren und ist derselbe Vater einer zahlreichen Familie. —

— **Zur Thätigkeit der Feuerwehr.** Am Freitag Nacht kurz nach 12 Uhr war in einem Zimmer der 2 Etage des Vorderhauses Schwerdtfegerstraße Nr. 13 eine doppelt verschalte Breitterwand in Brand geraten. Die Feuerwehr von der Meldestation Pionierkaserne aus alarmiert, beseitigte vermittelst der kleinen Handspritze weitere Gefahr. — Am Sonnabend vormittag gegen 10½ Uhr wurde die Feuerwehr von der Meldestation Wolf Feldstraße aus alarmiert. Der 1. Zug der Hauptwache, sowie die Buckauer Feuerwehr rückten nach dort. In einem Keller des Grundstücks Bernburgerstraße Nr. 4 waren Bretter, Säcke, sowie verschiedene andere Gegenstände in Brand geraten. Die Feuerwehr beseitigte mit einer Schlauchlinie und zwei Rauchmasken weitere Gefahr. — Am Sonnabend Nacht gegen 12 Uhr wurde die Feuerwehr von der Meldestation Allendorferbierhalle aus alarmiert In einer Bodenkammer des Grundstücks Pfeiffersberg 4 war kleingehacktes Holz und Lumpen in Brand geraten. Die Feuerwehr beseitigte vermittelst der kleinen Handspritze weitere Gefahr. —

Der Unternehmerpatriotismus am 18. Januar.

Nachdem wir jetzt all die nötigen Aufschlüsse erhalten haben, können wir den Patriotismus des Unternehmertums einmal ins rechte Licht stellen und den Arbeitern zeigen, daß sie es waren, welche die Kosten zu tragen hatten. Am 18. Januar, an dem Tage, da bekanntlich die Unternehmer in Sachen des Patriotismus wetteiferten — ob dabei die Konkurrenz eine Rolle spielte, oder ob es nur eine Dankespflicht war, sei unerörtert — haben in verschiedenen Betrieben die Arbeiter feiern müssen, dabei aber ihren Arbeitslohn nicht ausbezahlt erhalten. Ohne den Lohn zu empfangen, haben feiern müssen den ganzen Tag: die Arbeiter von Schäffer u. Budenberg, Garrett Smith, Arbeiter vom Grusonwerk; den halben Tag: die Arbeiter von Ernst Förster u. Komp. in Neustadt; vier Stunden: die Arbeiter von Otto Gruson u Komp. (selbige haben außerdem noch, ohne Entschädigung zu erhalten, am 27. Januar den ganzen Tag feiern müssen); zwei Stunden: die Arbeiter der R. Wolffschen Maschinenfabrik (hier erhielten nur die Veteranen ihren Lohn) — Es gilt in der Rechtsprechung der Satz, daß die Unternehmer den Lohn für gesetzliche Feiertage nicht zu zahlen verpflichtet sind, sobald dies die ausdrückliche Vereinbarung bestimmt. In Preußen gelten als gesetzliche Feiertage: Weihnachten, Ostern, Pfingsten je zwei Tage, Neujahr, Charfreitag, Himmelfahrtstag und Bußtag. Ebenso liegt es, wenn die Nichtzahlung für Feiertage in einer bestimmten Branche üblich ist und nicht etwa eine entgegengesetzte Abrede für den Einzelfall getroffen ist; es ist dann anzunehmen, daß der Wille der Parteien dahin ging, es solle der ortsübliche Brauch auch auf ihren Vertrag Anwendung finden. In hiesigen Fabriken ist es aber nicht üblich, sich zuvor mit den Arbeitern zu vereinbaren, vielmehr wird in den meisten Fällen durch Anschlag bekannt gegeben: an diesem oder jenem Tage wird nicht gearbeitet. Widerspruch hiergegen zu erheben, wäre für die zu schlecht organisierten Arbeiter zu gefährlich, dies vorzüglich an Tagen wie am 18. oder 27. Januar. Schäffer u. Budenberg haben bekanntlich sogar in der Fabrikordnung einen Passus, der den Arbeitern es unmöglich machen soll, Sozialdemokraten zu werden; Verstöße gegen diese Befehle werden hart, sogar mit sofortiger Entlassung bestraft. Daß sich unter solchen Umständen die Arbeiter nicht zu protestieren wagen, ist selbstredend. Hier kann also von einer „Vereinbarung" nicht die Rede sein. Wenn aber eine ausdrückliche Vereinbarung nicht vorliegt, so muß der Lohn gezahlt werden. War Wochen- oder Monatslohn vereinbart, so muß auch für die in diese Woche fallenden gesetzlichen Feiertage gezahlt werden. Denn der Lohn war für eine längere Zeit ohne Rücksicht auf Tage irgend welcher Art, die in diesen Zeitraum fallen, festgesetzt. Fällt in diesen Zeitraum ein Feiertag, so ändert das die Lohnhöhe ebenso wenig, wie etwa der Umstand, daß in die vierzehntägige Kündigungsfrist ein Feiertag fällt, die Frist auf 15 Tage verlängert wird. Dies gilt nur für die gesetzlichen, bereits aufgezählten Tage. Der 18. Januar ist jedoch kein gesetzlicher Feiertag, und da eine Vereinbarung nicht vorliegt, ist die Zahlung des Arbeitslohnes erforderlich. Es wäre für die Allgemeinheit nutzbringend, wenn ein Arbeiter irgend einen Unternehmer vor das Gewerbegericht citieren und daselbst von ihm die Zahlung des Lohnes verlangen würde. —

* * *

Sonneberg. (Eine Diebesbande festgenommen) Nach langem vergeblichen Suchen ist jetzt auf Grund einer Denunziation eine Räuberhöhle entdeckt und eine Diebesbande verhaftet worden. Diese „schwarze Bande" hatte die Lauchaer Umgegend unsicher gemacht. Die Polizei fand die ganze Gesellschaft in ihrem Schlupfwinkel, einer im Felsengewirr des romantischen Lauschenstein verborgenen Höhle auf. Es wurden reiche Vorräte an Bier in Fässern, Schnaps, Würsten, Schinken, Käse, Brot, Cigarren usw., sowie auch Uhren, Ringe, Armbänder u. a. vorgefunden. —

Wernigerode. (Harzquerbahnen) Die Fortführung der Harzzahnradbahn Blankenburg-Tanne von Tanne über Hohegeiß und Wieda nach Walkenried zum Anschluß an die Nordhausen-Northeimer Bahn ist nach einem Bericht der Magdeburgischen Zeitung gesichert; sie wird voraussichtlich der Harzquerbahn Nordhausen-Wernigerode Konkurrenz machen. Der Bau der letzteren soll im nächsten Frühling in Angriff genommen und so gefördert werden, daß die Strecke Nordhausen-Ilfeld bis zum 1. Juli d. J. fertiggestellt und an diesem Tage eröffnet wird.

* * *

Berlin. (Vom Hammerstein.) Freiherr von Hammerstein wird noch täglich im Untersuchungsgefängnis vom Landgerichtsrat Brandt vorgenommen. Die Nachricht, daß Hammerstein ein Sopha erhalten habe, wird bestritten. —

Köln. (Verhaftet.) In einem hiesigen Bankhause ist ein Mann, seiner Angabe nach ein Süddeutscher, verhaftet worden, der auf Grund eines gefälschten Looses der serbischen Lotterie 100,000 Frank erheben wollte. —

Zabrze. (Grubenunglück.) In der „Königin Luise-Grube" in Zabrze wurden Sonnabend 5 Mann verschüttet; ein Verletzter wurde gerettet. Das Schicksal der übrigen ist noch ungewiß. —

So boykottieren Studenten.

In Gießen sitzen Studenten, Angehörige des Corps Hessia, in der Kneipe und singen in der Gegenwart der Frau des Wirtes die gemeinsten Zotenlieder. Der Wirt verbittet sich diesen Gesang, aber die Studenten treibens noch toller. Am kommenden Morgen — so erzählt die Berliner Volkszeitung weiter — beschwerte sich eine Abordnung des Corps beim Brauereibesitzer Asprion, dem Besitzer der Wirtschaft, wegen des Benehmens des Wirtes und verlangte dessen sofortige Entlassung, im anderen Fall würden alle drei Corps das Lokal für den S C. in Verruf erklären. Die Brauerei aber erklärte, ihr Zapfer habe vollständig recht gehandelt und sie hätte keine Veranlassung, den Mann brotlos zu machen. „Hessen" und „Starkenburger" meiden seitdem die altgewohnte Kneipe, die ersteren beziehen auch seit dem Vorfall für ihr Corpshaus kein Bier mehr von Friedel u. Asprion. Also ein Boykott in vollster Form und aus welchem Grunde? Wenn dann die Studenten Richter und Staatsanwälte sind, bestrafen sie den Boykott seitens der Arbeiter, weil diese aus triftigeren Gründen den Verruf erklären.

* * *

Brüssel. (Bahnunglück.) Am Morgen des 15. Februar fand auf dem Bahnhof Flemus ein Zusammenstoß zweier Züge statt, von denen der eine von Nivelles, der andere von Namur kam. 28 Reisende sind verletzt. —

Petersburg. (Ein Zeichen vom Nordpolarfahrer Nansen.) Einem Telegramm des Lieferanten Nansens zufolge hat letzterer den Pol erreicht, Land entdeckt und die Rückreise angetreten. —

Parlamentarische Nachrichten.

Die **Justizkommission** des Reichstags beschloß in zweiter Lesung der Justiznovelle die in der ersten Lesung abgelehnte Bestimmung, daß der Gerichtspräsident über die Bestallung der regelmäßigen Vertreter für die Vorsitzenden der Kammer zu entscheiden hat, wieder herzustellen. Es wurde beschlossen, im § 62 die Bestimmung aufrecht zu erhalten, daß zu Mitgliedern der Strafkammern sowie zu Vertretern nur ständig angestellte Richter bestellt werden dürfen. Weiter wurde beschlossen, daß die Berufungskammern aus drei Richtern bestehen sollen. Die Regierung hatte erklärt, daß die Besetzung mit fünf Richtern unannehmbar sei. — Die Reichstagskommission zur Beratung des Gesetzentwurfs gegen den **unlauteren Wettbewerb** bestätigte die ersten sieben Paragraphen in der Fassung erster Lesung mit unwesentlichen Abänderungen. Auf Antrag Bassermann wurde zu § 1 folgender für die Presse wichtige Absatz 3 angefügt: „Erfolgt die öffentliche Bekanntmachung in einer periodischen Druckschrift, so ist der Anspruch auf Ersatz des entstandenen Schadens gegen die für den Inhalt der Druckschrift verantwortlichen Personen nur zulässig, wenn der verantwortliche Redakteur die Unrichtigkeit der Angabe kannte, oder wenn derselbe einen Verfasser oder Einsender nicht nachweist, welcher sich im Bereich der richterlichen Gewalt eines deutschen Bundesstaates befindet." — Die **Wahlprüfungskommission** des Reichstags hat die Wahl des freisinnigen Abgeordneten v. Reibnitz für Tilsit-Niederung mit 7 gegen 2 konservative Stimmen für gültig erklärt. — Die Beratungen über das **bürgerliche Gesetzbuch** in der Kommission beginnen am Montag. — Der **Seniorenkonvent** des Reichstags hat auf Vorschlag des Präsidenten beschlossen, die zweite Beratung des Etats bis zu Ende dieser Woche fortzusetzen und alsdann die Sitzungen des Plenums auf 8 bis 10 Tage ausfallen zu lassen, um der Kommission für das bürgerliche Gesetzbuch, freie Hand zur Förderung ihrer Arbeiten zu lassen. Die Frage, ob die erste Lesung der Zuckersteuervorlage vor der Vertagung in Aussicht genommen sei, wurde verneint. Die Chancen für die Zuckersteuervorlage sind, wie es scheint, im Sinken. —

Preußischer Landtag.

Das preußische Abgeordnetenhaus trat am Sonnabend in die zweite Beratung des Berg-, Hütten- und Salinenetats. Ursprünglich schien es, als würde die Debatte ohne nennenswerten Zwischenfall vor sich gehen. Wohl oder übel mußte man sich aber mit dem sattsam bekannten bimetallistischen Klagelied abfinden. Dr. Arndt ritt sein altes Steckenpferd. Seine Rede reizte Herrn Brömel von der freisinnigen Vereinigung zu einer längeren Erwiderung, die sich ungefähr auf demselben geistigen Niveau bewegte. Von bimetallistischer Seite sprach noch der unvermeidliche Herr v. Kardorff, der der Regierung vorwarf, sie habe sich in der Währungsfrage auf die Freisinnigen und Sozialdemokraten gestützt. Obwohl niemand im Hause diese Worte ernst nahm, sah sich doch der Handelsminister Frhr. v. Berlepsch veranlaßt, zu erklären, daß die Regierung lediglich ihrer Ueberzeugung gefolgt sei. Nachdem das Haus vier Stunden durch die Silbermänner gelangweilt war, wurde endlich der eigentliche Gegenstand der Tagesordnung fast ohne Debatte erledigt. —

Neueste Nachrichten.

Berlin. Wegen der Maßregelung einzelner Brauereiarbeiter legten im Münchener Brauhause sämtliche organisierten Arbeiter die Arbeit nieder. Das Gewerbegericht erklärte sich bereit, als Einigungsamt zu wirken. —

Erfurt. Nach Bewilligung einer 12½ prozentigen Lohnerhöhung haben die Arbeiter und Arbeiterinnen der Konfektionsbranche den Streik für beendet erklärt. —

Bremen. Neun Maler der Brüggemannschen Werkstatt haben die Arbeit niedergelegt. Ferner sind in dieser Stadt 16 Arbeiter der Stahlrohrfabrik von Anton Papendieck ausgesperrt worden. —

Erlangen. Die Metalldrücker Erlangens sind in eine Lohnbewegung eingetreten. —

Eingesandt.

Metallarbeiter-Verband.

Die Nr. 40 der Volksstimme bringt ein Inserat betreffend eine Versammlung der Filiale Buckau und ist in demselben als Tagesordnung angegeben: Aufstellung eines Kandidaten zum Gewerkschaftskongreß in Berlin. Dies hat in weiten Kreisen der Metallarbeiter Mißstimmung hervorgerufen, da es bisher üblich war, daß derartige Angelegenheiten in einer gemeinschaftlichen Versammlung der Filialen Magdeburgs erledigt wurden. Sollte die Magdeburger Filiale in Bezug auf Einberufung einer Versammlung, welches sonst Aufgabe derselben war, nachlässig sein, so würde die Buckauer Filiale sich ein Verdienst erworben haben, wenn sie dies gethan, und wir glauben, daß dies auch jetzt noch angängig ist, wenn die Buckauer Filiale in der Montagsversammlung den ersten Punkt der Tagesordnung absetzt, dafür aber ihre Verwaltung beauftragt, zu Sonntag, den 23. d. M., eine gemeinschaftliche Versammlung einzuberufen. Bis zum 24. d. M. müssen die Kandidaten gemeldet sein, und würde es also noch Zeit sein. Im übrigen ist auch genügend Stoff für eine derartige Versammlung vorhanden, die, nebenbeigesagt, seit ¾ Jahren nicht stattgefunden hat.

Ein Metallarbeiter im Namen vieler.

Vereine, Versammlungen, Vergnügungen rc.

Eine **Volksversammlung** beschäftigte sich Sonntag nachmittag mit dem Streik der Konfektionsarbeiter und -Arbeiterinnen. Sie hatte sich eines sehr starken Besuchs zu erfreuen, was genügend die Sympathie bezeugt, welche die Arbeiterschaft ihren kämpfenden Klassengenossen und -Schwestern entgegenbringt. Abg. Albert Schmidt unternahm es, den Anwesenden die große Aufgabe, die sich die Arbeiter und Arbeiterinnen der Konfektionsbranche gestellt haben, faßlich vor Augen zu führen und bei allen die Sympathie zu erwecken resp. zu erhöhen. Im Namen der Reformpartei erklärte Herr Krenz den Streik als berechtigt und drückte den Kämpfenden seine Sympathie aus. Herr Dr. phil. O. Prange (linksliberal) that dasselbe. (Ausführlicher Bericht folgt) —

Metallarbeiter-Verband. Sämtliche Filialen und Sektionen von Magdeburg halten am Dienstag, den 18. d. M. im Grothumschen Lokale, Kl Klosterstr. 15, eine Mitglieder-Versammlung ab, in welcher die Kandidaten zum zweiten Gewerkschaftskongreß aufgestellt werden sollen. —

Schuhmacher! Dienstag abend Versammlung bei Müller, Tischlerkrugstraße. Abg. Brühne referiert über das Kleinhandwerk und die Zwangsorganisation. —

Dienstag, den 18. Februar:

Arbeiter-Männer-Gesangverein Magdeburg. Jeden Dienstag abends 9 Uhr Uebungsstunde im Goldenen Kopf, Katharinenstraße 5. Mitglieder werden daselbst aufgenommen.

Arbeiter-Turnverein Neustadt. Jeden Dienstag und Donnerstag abends punkt 8 Uhr Turnstunde im Weißen Hirsch.

Fermersleben. Arbeiter-Turnverein „Vorwärts." Jeden Dienstag und Freitag Uebungsstunde um 8 Uhr bei K. Larisch.

Situationsberichte, gemäß der ergangenen Aufforderung, sind bis heute eingegangen von den Gewerkschaften: Metallarbeiter (Filiale Wilhelmstadt); Maler und verwandte Berufsgenossen; Konditor; Pfefferküchler und verwandte Berufsgenossen; Müller; Verein der Installateure.

Litteratur.

Das 20. Heft der **Neuen Zeit** ist soeben erschienen. Aus d… Inhalt heben wir hervor: Platte Machtfragen. — Die Transvaalwi… und ihr internationaler Rückschlag. Von Eduard Bernstein. — … Weltmarkt und die Agrarkrisis. Von Parvus (Fortsetzung.) — … weiterer Beitrag zur Frage: „Was liest der deutsche Arbeiter?' V… Advocatus. —

Quittung.

Für die streikenden Konfektions-Arbeiter und -Arbeiterinnen ging… ein: Von den Setzern der Volksstimme 3,45. — Agitationskomitee … — Versammlung Friedrichslust 53 — S. 1. — Von den Holzarbeite… Magdeburgs 3,10. — Von P. B. 1. — Sch. 0,50. — 2 Note … Neustadt 1 50. — Die Expedition der Volksstimme.

Genossen und Genossinnen! Gedenket b… all Euren Zusammenkünften der Opfer, die wi… zu bringen haben; gedenket der Presse! —

Briefkasten.

H. S., N. Der Verlag des Universal-Briefmarken-Albums befind… sich in Leipzig. Adresse; Baumbach u. Co. —

Wasserstände.

Elbe.

					Fall	Wu…
Aussig	14. Febr.	+ 0 64	15. Febr.	+ 1 60	0.04	—
Dresden	"	— 0 62	"	— 0.34	—	0.7
Torgau	"	+ 1.26	"	+ 1 95	—	0.6
Wittenberg	"	+ 1 80	"	+ 2.00	—	0.2
Roßlau	"	+ 1.33	"	+ 1.50	—	0 1
Barby	"	+ 1.79	"	+ 1.98	—	0 1
Schönebeck	"	+ 1 66	"	+ 1.81	—	0.1
Magdeburg	15. Febr.	+ 1 60	17. Febr.	+ 2.21	—	0 6
Tangermünde	14. Febr.	+ 2.00	15. Febr.	+ 2.12	—	0 1
Wittenberge	"	+ 1.76	"	+ 1 82	—	0 0
Dömitz, Pegel	"	+ 1.16	"	+ 1.18	—	0 0
Lauenburg	"	+ 1.36	"	+ 1,37	—	0,0

Ausverkauf des aus der E. Peschel'schen Konkursmasse 24

erstandenen Warenlagers, bestehend aus:

Kleiderstoffen, Wäsche, Leinen- u. Baumwollwaren, Bettfedern.

Jakobsstraße 5, Ecke Gr. Marktstraße. Nur Waren der Masse kommen zum Verkauf. Verkaufszeit nur von 8–12½ Uhr und 2–8 Uhr. **Jakobsstraße 5,** Ecke Gr. Marktstraße.

Schuhwaren-Ausverkauf. 241

Wegen totaler Umgestaltung und Verlegung meines Geschäfts eröffne einen großen Ausverkauf meines Lagers **zu nie dagewesenen Preisen,** um bis zum 15. März soviel wie möglich den alten Bestand zu räumen. — **Günstige Gelegenheit zur Konfirmation!**

August Ebert

16 Leiterstraße Magdeburg Leiterstraße 16.

Butter stets am besten u. billigsten im

212 **Butter-Spezial-Geschäft von A. H. Völker**

Jakobstr. 5, Eckhaus der Gr. Marktstr., u. Gr. Steinernetischstr. 10 b.

Eine der größten Genossenschafts-Molkereien in Holstein wünscht für den Vertrieb ihrer Butter mehrere

Detail-Verkaufsgeschäfte

zu errichten und sucht dafür gewandte Verkäufer gegen Gehalt und Geschäftsanteil. Diejenigen, welche beste Zeugnisse besitzen und einen 300 M Kaution bar oder in guter Bürgschaft stellen können, wollen ihre Bewerbungen mit Zeugnis-Abschriften und Angabe ihrer Referenzen sub **H D 2973** an **Rudolf Mosse, Hamburg,** einsenden. 244

Mitglieder-Versammlung 239

des Vereins der

Restaurateure u. Bierinteressenten

von Magdeburg und Umgegend

am Mittwoch, den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr

bei Mitglied A. Müller, Tischlerkrugstrasse 22.

Die Versammlung der Installateure

findet Dienstag, den 18. Februar, abds. 8½ Uhr bei Grothum statt.

Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird dringend gebeten.

242 **Fr. Ganzer,** Knochenhauerruferstraße 22.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Mitglieder-Versammlung

sämtlicher Filialen und Sektionen

von Magdeburg und Umgegend

Dienstag, den 18. d. M., bei Grothum (Centralherberge), Kl. Klosterstr.

Tages-Ordnung:

1. Vorschläge von Kandidaten zum zweiten Gewerkschafts-Kongreß.
2. Verbandsangelegenheiten.

243 Die Ortsverwaltung Magdeburg-Wilhelmstadt.

ff. Molkereibutter Pfd. 1.00 Mk.

A. H. Völker, Jakobsstr. 5, Eckhaus der Gr. Marktstr., Gr. Steinernetischstr. 10 b.

Billig! 94 **Billig!**

Schuhwaren.

Herren-, Damen-, Kinder-Schuhe, Stiefeln, Stiefeletten, Halbschuhe, Socken, Pantoffeln **nur Schmidtstrasse 44.**

Billiger als in jedem Konkursmassen-Ausverkauf.

Hochfeine Diwans in allen nur denkbar feinen Bezügen 35, 40, 45, 50 u 65 Mk., birkene u. nußbaum Sofas, hochfein, 30, 32, 35 u 45 Mk., Bettstellen u. Matr. hochfein 30, 35, 38, 42 u 45 Mk., Plüsch-Diwan u. Plüsch-Garnituren. Größte Auswahl am Platze. Für Brautpaare passend ganze Ausstattungen in birk. u. nußb. bis zu den hochfeinsten, langj. Garantie, prima gute Arbeit, im

Ersten Möbel-Spezialgeschäft Magdeburgs

188 **Berlinerstrasse 30.**

C. Seyffarth, Buckau.

Billigste Bezugsquelle fertiger Herren- u. Knaben-Garderobe, Einsegnungs-Anzüge. Anfertigung nach Maß unter Garantie guten Sitzens. Schnittwaren, Bettfedern. Teilzahlungen gestattet.

Buckau, Coquistraße 17

218 gegenüber der [illegible]

Ich teile hierdurch mit, daß ich durch die Verhältnisse gezwungen bin, bestimmte

Geschäftsstunden

einzuführen. Dieselben finden statt von 12–1 Uhr mittags und von 5–8 Uhr abends.

Alb. Vater, Feldstr. 61.

E. Barfels, Br. Weg 2 [illegible]

Künstl. Zähne, Zahnoperationen

Homöopathie!

Visser, homöopath. Prakt

Magdeburg, Jakobstraße 3

früher lange Jahre bei dem berühmten homöop. Arzt Dr. Volbeding, Düsseldorf;

Heilung sämtlicher Krankheiten

2 freundl. **Wohnungen** zu 64 u. 55 Thl zu verm. z. 1. April. Kamelstraße 8b.

Freundliches Logis Marienstraße 13 v. I. l.

Frdl. möbl. Zimmer Klosterbergestr. 8 II.

Mehrere freundliche Wohnungen zu 30 bis 40 Thaler Alte Neustadt, Ottenbergstraße 22/23. 99

Todes-Anzeige.

Am Sonntag abend entschlief unser liebes **Gretchen** an Diphtheritis im Alter von 8 Jahren. Dies zeigen allen Freunden und Bekannten mit der Bitte um stilles Beileid an

Hermann Blume nebst Frau.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 19. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Buckauer Kirchhofes aus statt. 246

Standesamt.

Magdeburg, den 15. Februar.

Aufgebote: Arb. Friedrich Fiedler mit Martha Heinze hier. Händler Gottwerth Karl Probst mit Witwe Therese Schulze geb Saßmann in Hamburg. Kutscher Emil Mühler in Barby mit Marie Ferchland hier.

Eheschließungen: Pastor design. Otto Weise mit Hedwig Claus hier. Schlosser Richard Mai hier mit Antonie Rowold in Calbe a. S. Handschuhm. Robert Jünemann hier mit Else Püschel in Buckau. Versicher.-Beamter Bernhard Helmecke mit Marie Buchner hier. Hausdiener Hermann Buchholz mit Luise Hellemann hier. Bierfahrer Herm. Rack hier mit Wilhelmine Bohnstedt in Welsleben.

Geburten: Frieda, T. des Lithographen Anton Setzer. Erna, T. des Bäckers Paul Marder. Emmy, T. des Schneidermeisters Hermann Otto. Rosa, T. des General-Agenten Karl Leby. Gerhard, S. des Kaufmanns Gustav Frei[illegible]. Bertha, T. des Privatmanns Christ. Zilling. Ernst, S. des Blechschmiedemstrs. Richard Günther. Gustav, S. des Posthilfsboten Gustav Keppin. Fritz, S. des Arb. Andreas [illegible]. Otto, S. des Posthilfsb. Otto Thurnkauf. Walter, S. des Buchh. Gustav Lietsch. Martha, T. des Tischlers Alfred Leonhardt. Emil, S. des Kutschers Emil Schmidtchen.

Todesfälle: Karl Stärze, Dienstmann, 77 J. 1 M. 6 T. Henriette geb Schneidewind, Wwe. des Arbeiters Heinrich Jennert, 77 J. 2 M. 26 T. Gottfried Jacobs, Arbeiter, 34 J. 2 M. 2 T. Bertha geb. Goldstein, Wwe. des Privatm. Jakob Jacoby, 78 J. 5 M. 12 T. Hugo, S. des Steingutdrehers Adolf Köhler, 4 J. 10 M. 29 T. Julian Jeremias, Kaufmann, 27 J. 1 M. 8 T.

Sudenburg, 15. Februar 1896.

Eheschließungen: Kondit. Stanislaus Krzesinski mit Friederike Sophie Auguste König hier. Buchbinder Hermann Heinrich Brinkmeier in Dessau mit Elise Kramer hier.

Geburten: Alfred, S. des Arbeiters Friedrich Grundmann. Emma, T. des Arb. Friedrich Riebel. Martha, T. des Arbeiters [illegible]. Erich, S. des Schreibers Max Sedler. Wilhelm Louis Bruno, unehelich. Paul, S. des Gärtners Otto Bramme. Erich, S. des Arb. Alois Kleiner.

Todesfälle: Bernhard Dockhorn, Böttcher, 56 J. 7 M. 1 T.

Buckau, den 15. Februar 1896.

Aufgebote: Pferdebahnkutscher Fedr. Michael Mibus hier mit Emma Auguste Saaß in Dahlenwarsleben. Dreher August Wilhelm Otto Schaffner mit Luise Marie Johanne Schwanitz hier.

Geburt: Emma, T. des Drehers Emil Weber.

Todesfall: Thekla geb. Rose, Ehefr. des Handelsmanns Friedrich Sander aus Schönebeck, 48 J. 4 M. 21 T.

Neustadt, den 14 Februar 1896.

Geburten: Hermann, S. des Maurers Herm. Triegel. Gottlieb, S. des Arbeiters Gottlieb Neberg. Emma, T. des Klempn. Maxim. Koch. Otto, S. des Fuhrh. Otto Seetz. Margarete, T. des Fabrikmeisters Hans Goetze.

Todesfall: Erna Helene Grete, unehelich, 1 J. 2 M. 20 T.

Am 15. Februar.

Geburten: Elisabeth, T. des Postschaffners Heinrich Gries. Else, T. des Comptoirboten Karl Gorges. Adolf, S. des Fabrikmeisters Matthias Thelen. Frieda, T. des Arbeiters Johann Knoch.

Todesfälle: Felix und Kurt, Zwill.-Söhne des Schuhm. Reinhard Eymeß, 7 T. Fritz, S. des Maurers Gustav Schlüter, 1 J. 3 M 27 T. Frieda, T. des Bäckers August Delor, 1 J 3 M. 10 T.

Wilhelm-Theater.

Dienstag, den 18. Februar.

Apajune, der Wassermann.

Operette in 3 Akten von Millöcker.

Stadt-Theater.

Dienstag, den 18 Februar.

La Traviata.

Wochenberichte.

Marktpreise: Erbsen, gelbe zum Kochen 15.00 — 17 00 M; Speisebohnen, weiße, 19.00—38.00 M; Linsen 16.00—42.00 M; Eßkartoffeln 4.00 — 4.50 M; Richtstroh 3.50—4.75 M; Krummstroh 2.50—3.00 M; Heu 5.00 — 6 50 M. Alles für 100 kg. Rindfleisch im Großhandel 0.94—1.10 M, von der Keule 1.30—1.40 M, Bauchfleisch 1 00—1.20 M; Schweinefleisch 1.00—1.20 M; Kalbfleisch 1.00 — 1.20 M; Hammelfleisch 1 10—1.20 M; Speck, ger., 1.60 M; Eßbutter 2 00 — 2 40 M. Alles für 1 kg. Eier für 60 Stück 2.80—3 40 M.

Küchenzettel der Magdeburger Volksküchen.

1. Küche Thränsberg 37; 2. Küche Große Münzstraße 7;
3. Küche Schmidtstraße 61, Neustadt.

Dienstag: Erbensuppe mit Rippenspeer.
Mittwoch: Mohrrüben mit Schweinefleisch.
Donnerstag: Linsensuppe mit Rindfleisch.
Freitag: Schmorkohl mit Salzkartoffeln und Würstchen.
Sonnabend: Reissuppe mit Rindfleisch.

Küchenzettel der Haushaltungsschule des Damenheims

Breiteweg 82.

Dienstag: Brühsuppe, Kalbfleisch mit Butterreis.
Mittwoch: Brühsuppe mit Fleischklößchen, Breipudding und Fruchtsauce.
Donnerstag: Erbssuppe, saure Kartoffeln und Beefsteak.
Freitag: Weiße Bohnensuppe mit Rindfleisch und Salzkartoffeln.